

Bau im Blick

BiB

 BAUEN UND SERVICES
DIE BAUINDUSTRIE OST



03 | 2020

30 Jahre Bauindustrie in Ostdeutschland | Deponieknappheit | Verbandsaktionsgesetz
Bildungswege – vom Azubi zum Bauleiter | Preis der Sächsischen Bauindustrie 2020



Bauindustrieverband Ost e. V.

Ausgabe: 03 | 2020
Erscheinungsweise: vierteljährlich

Adresse:
Karl-Marx-Straße 27, 14482 Potsdam

Telefon: 0331/74 46-0
Fax: 0331/74 46-166
E-Mail: info@bauindustrie-ost.de

Hauptgeschäftsführer:
Dr. Robert Momberg

Verantwortlich für die Redaktion:
Susann Stein
Ressortleiterin Politik und Kommunikation

Redaktionsmitarbeit:
Dr. Robert Momberg Daniel Anger
Melanie Lahrmann Herbert Mackenschins
Hubertus Nelleßen Philip Ney
Michael Schmidt

Layout / Satz:
MARKENZOO®, Dr. Sven Lehmann, Dresden

Fotonachweis:
Bauindustrieverband Ost e. V.
Titelfotos:
Ludwig Freytag GmbH & Co. KG
Industriebau Wernigerode GmbH
Implenia Construction GmbH NL Berlin
Dreßler Bau GmbH NL Dresden

Druck:
addprint AG, Bannewitz/OT Possendorf

Weitere Informationen unter:
www.bauindustrie-ost.de



Top-Thema

30 Jahre Bauindustrie in Ostdeutschland	4
---	---

BAU IM BLICK

Parlamentarischer Brunch zur Zukunft der Lausitz	6
Tarifrunde 2020 – Schiedsspruch angenommen	7
Streitthema Mantelverordnung	7
Diskussion zur Einführung einer Holzbauquote	7
Das neue „Verbandssanktionengesetz“: falsches Signal in Krisenzeiten	8

MEINUNG

Deponieknappheit	9
------------------	---

AUSBILDUNG & NACHWUCHSSUCHE

Bildungswege – vom Azubi zum Bauleiter	10
Aus den Ausbildungszentren	
Lehrlingszahlen auf gutem Niveau	11
Erneut hohe Azubi-Zahlen	11
Hervorragende Ausbildungsbetriebe	11
Verbundvorhaben gestartet: BIM-basierte Bauausbildung	12

LÄNDERSPIEGEL

Berlin Strategiekreis Luft	13
Brandenburg Bündnis für Wohnen Brandenburg	13
Sachsen Preis der Sächsischen Bauindustrie 2020	14
Sachsen Kommunalen Straßenbau in Sachsen	14
Sachsen Teilschulnetzplanung Berufsbildender Schulen in Sachsen	15
Sachsen-Anhalt Deponieknappheit im politischen Fokus	15

WISSENSCHAFT & FORSCHUNG

Radrennbahn Dresden-Reick	16
Konzeptionelle Entwicklung der Grundprinzipien eines makrozellularen modularen Struktursystems auf der Basis von Textilbeton	17

BAUPRAXIS

Industriebau Wernigerode GmbH	18
-------------------------------	----

Aktuelle RECHTSPRECHUNG

Hauptunternehmerhaftung – Gesetzesänderung bei der Vorlage von Unbedenklichkeitsbescheinigungen	20
--	----

VERBAND aktuell

KONJUNKTUR	24
------------	----

➤ **Liebe Leserinnen und Leser der „Bau im Blick“,**

in dieser Ausgabe möchten wir den Blick auf die Vergangenheit richten. Genau genommen **30 Jahre** in die Vergangenheit: Deutschland begeht die Wiedervereinigung, Helmut Kohl ist Bundeskanzler und die Fußball-Nationalmannschaft feiert in Rom den Weltmeistertitel.

In diesen spannenden Jahren begann ebenso die wirtschaftliche und strukturelle Neuordnung in Ostdeutschland. Gerade in der Baubranche folgte aus dem Prozess der Wiedervereinigung eine kompromisslose Umwandlung von planwirtschaftlich organisierten Baukombinaten und Betrieben in marktwirtschaftlich geführte Unternehmen. Der erste Schritt, die Gründung der Treuhandanstalt, bedeutete für die Betriebe der Bauwirtschaft: Rückübertragung an die 1972 enteigneten Besitzer, Verkauf – auch in Teilen – an geeignete, meist westdeutsche Investoren, Neugründungen oder Eigentümerwechsel durch Management Buy out (MBO). Die Auflösung des staatlichen Baumonopols der DDR fand somit insgesamt überwiegend von innen heraus statt.

Die Folgejahre waren geprägt von konjunkturellen Höhen und Tiefen, politischen Reformen und strukturellen Umbrüchen. Die Leistungen der Bauindustrie in Ostdeutschland sind dabei an jeder Ecke erkennbar: Infrastrukturen wurden geschaffen, Städte umgebaut und die Ansiedlung ganzer Industriebranchen wurde baulich unterstützt. Ein Prozess, auf den wir alle stolz sein können!

Ich wünsche Ihnen eine gute Lektüre der neuen „Bau im Blick“ und freue mich auf einen regen Austausch über das Erreichte der letzten und die Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte.

Ihr



Wolfgang Finck
Präsident
Bauindustrieverband Ost e. V.



Auf die Leistung der ostdeutschen Bauindustrie sind wir stolz.



30 Jahre Bauindustrie in Ostdeutschland

In die bundesweiten Feierlichkeiten zu 30 Jahren Wiedervereinigung reiht sich auch das Jubiläum zum Bestehen der bauindustriellen Familie in Ostdeutschland. Schon ganze drei Jahrzehnte trägt die Bauindustrie zur Entwicklung der neuen Bundesländer bei, schafft Infrastrukturen, unterstützt baulich die Ansiedlung ganzer Industriebranchen und bereitet Kulturdenkmäler auf – ganz ohne Zweifel eine Erfolgsgeschichte.

Mehr Informationen zum Jubiläum unter www.bauindustrie-ost.de

Foto: EUROVIA Verkehrsbau Union GmbH

Die wirtschaftliche Lage war dabei nicht immer einfach. Die Baubranche durchlebte konjunkturelle Höhen und Tiefen und musste stets auf politische Reformen und strukturelle Umbrüche reagieren. Während sich die Bauinvestitionen nach der Wiedervereinigung bis 1995 auf ein Rekordniveau steigerten, geriet die Branche in den Folgejahren in eine Rezession, die in eine Baukrise mündete. Erst 2014 konnte sich ein beständiger Aufschwung bemerkbar machen.

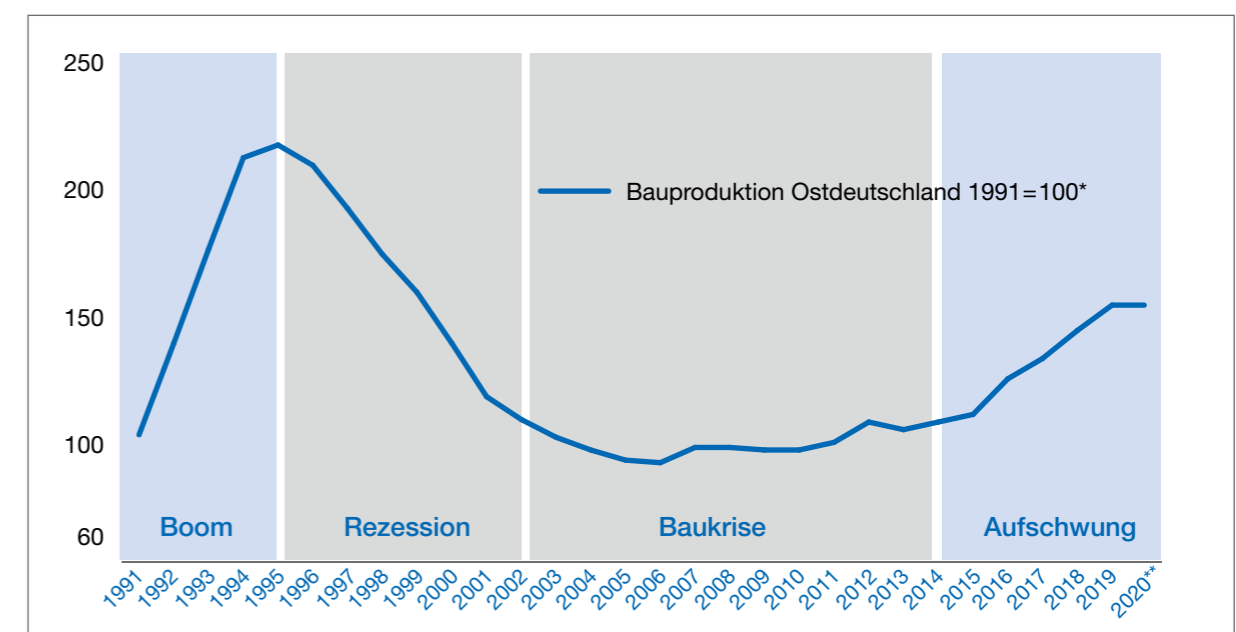
Die öffentlichen Bauinvestitionen waren und sind dabei ganz wesentliche Hebel einer aktiven Standort- und Wirtschaftspolitik und stützten die Entwicklung der ostdeutschen Bauwirtschaft ungemein. Die öffentlichen Investitionen ermöglichen und fördern bis heute Investitionsentscheidungen privater und gewerblicher Bauherren. Die Wirkungen, die von diesen Bauinvestitionen ausgehen, sind wesentlich höher als die Investitionssumme selbst. Diese sogenannten Multiplikatoreffekte öffentlicher Bauinvestitionen haben einen Faktor von 2,5. Das bedeutet, dass 1 Mio. Euro Investitionssumme eine gesamtwirtschaftliche Produktion in Höhe von 2,5 Mio. Euro mit entsprechenden Beschäftigungseffekten nach sich ziehen.

Die Baupreise in Ostdeutschland spiegelten dabei in den letzten drei Jahrzehnten relativ genau die baukonjunkturelle Entwicklung wider. Dem Preisauftrieb in der relativ kurzen Phase des Booms folgte nach 1995 in der Phase des Abschwungs eine Periode, in der die Preise wegen der sich erheblich verschärfenden Wettbewerbssituation in einem deutlich stärkeren

Maße als in Westdeutschland unter Druck gerieten. Dieser Trend wurde auch bei den Beschäftigten deutlich: Ab 1995 entwickelte sich die Beschäftigtenzahl erheblich rückläufig. In Ostdeutschland sank die Zahl der Beschäftigten um knapp zwei Drittel von 480.000 im Jahr 1995 bis heute auf ca. 190.000.

Die Jahre der Rezession und der Baukrise haben Spuren hinterlassen. Galten Bauberufe in den Jahren des Baubooms als besonders lukrativ, hat in den Jahren des Abschwungs die Attraktivität der Bauberufe sehr gelitten. Erst die Rückbesinnung auf das Handwerk sowie eine solide Ausbildung führte in den vergangenen Jahren zu einem Anstieg der Jugendlichen, die eine Bauausbildung absolvieren wollen.

Die Bauwirtschaft war und ist der Konjunktur-Motor Deutschlands. Gerade in diesen unsicheren Zeiten der Corona-Pandemie muss dies auch in Zukunft der Fall sein. Die Erfahrungen dreier Jahrzehnte resümierend, fordert der Bauindustrieverband Ost Staat und Gesellschaft auf, sich auf den politischen Gestaltungswillen der Nachwendejahre zu besinnen und einen Abbau von Bürokratie und Investitionshemmnissen ernsthaft zu vollziehen. Die Digitalisierung bietet auch den Bauunternehmen die einmalige Chance, ihre Prozesse weiter zu optimieren. Unabdingbar dafür ist jedoch auch die Durchdringung digitaler Prozesse auf allen staatlichen Ebenen. Die unternehmerischen Belange müssen wieder stärker im politischen Raum Gehör finden und die Expertise von Praktikern im Gesetzgebungsprozess ernst genommen werden.



*Meridian aus Bauinvestitionen und Auftragseingang Bauhauptgewerbe ** Prognose, Aufschwung gedämpft a. G. Corona-Krise
Quelle: Bauindustrieverband Ost e. V.

➤ Parlamentarischer Brunch zur Zukunft der Lausitz



Foto: Lausitz Energie Kraftwerke AG

Eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung der Lausitz ist auch für die Bauindustrie von großer Bedeutung. Der Bauindustrieverband Ost traf sich am 9. September 2020 mit Vertretern der Landesregierung Brandenburg und der Sächsischen Staatsregierung sowie beider Landtage und Kommunen im Kraftwerk „Schwarze Pumpe“ in Spremberg, um über die Zukunft der Lausitz zu diskutieren.

Verbandspräsident [Wolfgang Finck](#) appellierte, den Strukturwandel in der Lausitz und dem gesamten mitteldeutschen Revier als Chance zu begreifen. Zur Stärkung der Lausitz als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort sei die schnelle Anbindung der gesamten Region an das Fernstraßen- und Schienennetz die Grundvoraussetzung. Als Beispiel nannte er den Ausbau der A 13 nach Berlin, die MiLau als Ost-West-Verbindung für Mitteldeutschland und Lausitz sowie den Ausbau der ICE-Trasse von Berlin über Cottbus nach Görlitz. Für einen erfolgreichen Strukturwandel müssten Planungs- und Genehmigungsverfahren beim Aus- und Neubau weiterhin beschleunigt werden.

Die Staatssekretäre [Hendrik Fischer](#) (Brandenburg) und [Dr. Frank Pfeil](#) (Sachsen) berichteten über die Ausgestaltung des Strukturstärkungsgesetzes in den

Ländern und betonten die Bedeutung des Dreiklangs Innovation, zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur sowie Daseinsvorsorge für eine erfolgreiche Entwicklung der Lausitz. Frank Mehlow von der LEAG zeigte im Anschluss, welche strategischen Entscheidungen das Unternehmen im Zuge des Kohleausstiegs treffen wird. Beispielsweise werde unter dem Namen BigBattery Lausitz ein Batteriespeicher mit einer nutzbaren Kapazität von 53 Megawattstunden (MWh) entstehen. Dass der Strukturwandel auch für die BTU Cottbus-Senftenberg ein bestimmendes Thema ist, zeigte Prof. [Dr. Matthias Koziol](#). Zum Abschluss stellte [Dr. Romy Reinisch](#) das Aufgabenfeld der neu gegründeten Sächsischen Agentur für Strukturentwicklung (SAS) bei der Gestaltung des Strukturwandels in der Lausitz vor.

Bei der anschließenden Führung durch das Kraftwerk Schwarze Pumpe, das zu den modernsten Braunkohlekraftwerken Europas gehört, wurden die Teilnehmer in die Prozesse eingeweiht, die zwischen Abbau der Braunkohle und der Stromerzeugung ablaufen. Zum Abschluss konnte vom 161 Meter hohen Aussichtsturm ein Blick über die weitläufige Landschaft des entstehenden Lausitzer Seenlandes geworfen werden.

➤ Tarifrunde 2020 – Schiedsspruch angenommen

Der Sozialpolitische Ausschuss (SPA) des Bauindustrieverband Ost e.V. erklärte Anfang September 2020 seine Zustimmung zu dem Schiedsspruch des Schlichters [Prof. Dr. Schlegel](#). Nach der fristgerechten Annahme des Schiedsspruches vom 3. September 2020 durch die Tarifvertragsparteien konnte die Tarifrunde 2020 somit nach mehreren nächtlichen Verhandlungsrunden ohne Arbeitskampf beendet werden.

Bei einer Laufzeit bis 30.06.2021 (14 Monate) ist ab dem ab 01.10.2020 ein pauschaler Zuschlag von 0,5 Prozent auf Tariflohn/Gehälter zur Entschädigung von Wegezeiten/-strecken zu zahlen. Mit dem Entgelt für November 2020 ist eine Corona-Prämie von 500 Euro zu zahlen. Ab dem 01.01.2021 folgen Steigerungen bei Lohn und Gehalt in Höhe von 2,1 Prozent (Tarifgebiet West und Berlin) bzw. 2,2 Prozent (Tarifgebiet Ost).

➤ Streitthema Mantelverordnung

Kaum ein anderes Gesetzgebungsverfahren wurde auf Umweltebene in den letzten 15 Jahren so kontrovers diskutiert wie die Mantelverordnung. Im Herbst 2020 nimmt die Diskussion um die Entstehung der Verordnung mit informellen Abstimmungen zwischen den Bundesländern wieder Fahrt auf. Nachdem Ende September 2020 mehrere Bundsratsausschüsse die Beratung über das seit eineinhalb Jahrzehnten andauernde Ordnungsverfahren nochmals vertagt haben, wird die Länderkammer jetzt voraussichtlich am 6. November 2020 über die Mantelverordnung abstimmen.

Die Bauwirtschaft betont in diesem Zusammenhang vehement, dass dem aktuellen Entwurf nicht zugestimmt werden kann. Die in der Mantelverordnung enthaltene Ersatzbaustoffverordnung wird nicht dazu beitragen, die Inanspruchnahme von Deponieraum einzugrenzen und die nachteilige Ökobilanz zu verbessern. Beispielsweise werden die vorgesehenen Grenzwerte für Straßenbaustoffe, die Polyzyklische Aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK) enthalten, die Entsorgungssituation signifikant verschärfen, den Depo-niebedarf erhöhen und eine deutliche Mehrbelastung der öffentlichen Haushalte nach sich ziehen.

➤ Diskussion zur Einführung einer Holzbaquote

Die Diskussion um den gesetzlich verankerten Einsatz von Holz bei Wohnungs- und Nichtwohnungsbauten zieht sich seit nun bereits zehn Jahren wie ein roter Faden durch die politischen Diskussionen auf der Ebene von Bund und Ländern. Im Jahr 2018 betrug die Holzbaquote bezogen auf alle Gebäudearten circa 18 Prozent mit leicht steigender Tendenz. Der leicht steigende Wert kommt nicht von ungefähr, werden doch mit dem Werkstoff Holz gemeinhin Aspekte der Nachhaltigkeit und Umweltfreundlichkeit sowie der Energieeffizienz verbunden; Gesichtspunkte also, die eine zunehmend relevante Rolle beim Bau von Gebäuden aller Art spielen – und damit für die Bauindustrie insgesamt. Gleichzeitig ist ein Mangel an bezahlbarem Wohnraum, der sich nach wie vor eher zu verschärfen droht, nicht nur in den großen Ballungszentren erkennbar.

Aufstockung, Nachverdichtung, Neubau: Unterschiedliche Herangehensweisen sollen dafür sorgen, dass Wohnraum schnellstmöglich errichtet wird. Allein das Wie gebaut wird, avancierte in den vergangenen Jahren

zu einem echten Politikum. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass das Thema Holzbaquote auf der Agenda der seit 1948 jährlich stattfindenden Bauministerkonferenz, die in diesem Jahr in Weimar abgehalten wurde, zu finden war. Im Rahmen dessen diskutierten die für das Bau- und Wohnungswesen zuständigen Minister und Senatoren der 16 Länder die Möglichkeit, inwieweit die Verwendung des Baustoffes zur Pflicht werden kann.

Die offene Marktwirtschaft mit ihrem freien Wettbewerb und den darin konkurrierenden Institutionen und Organisationen lebt hingegen vom Grundsatz der gleichen Rahmenbedingungen. Demzufolge sind faire Wettbewerbsbedingungen und die Technologieoffenheit für das Funktionieren der Bauwirtschaft von elementarer Bedeutung. Ein gesetzlich festgeschriebener Einsatz von Holz fand auf dem Gipfeltreffen dann auch keine Mehrheit, gerade weil die Expertinnen und Experten aus der Baupraxis ihren Standpunkt glaubhaft und mit Fakten unterfüttert – bereits im Vorfeld – darlegen konnten.

➤ Das neue „Verbandssanktionengesetz“: falsches Signal in Krisenzeiten



Foto: BONAVA Deutschland GmbH

Nahezu unbemerkt und inmitten des coronabedingt schwierigen wirtschaftlichen Umfelds für Unternehmen hat das Bundesjustizministerium am 21. April 2020 das Gesetzgebungsverfahren für das [Gesetz zur Stärkung der Integrität in der Wirtschaft](#) eingeleitet, dessen Kern in Artikel 1 das „Verbandssanktionengesetz“ (VerSanG-E) ist. Nicht nur das Timing lässt sich als ausgesprochen unglücklich bezeichnen. Denn der Gesetzentwurf in seiner eingebrachten Form ist mit Blick auf die negativen Folgen für Unternehmen kaum zu überschätzen. Es wird erstmals eine neue und eigenständige Form strafrechtlicher Haftung von juristischen Personen eingeführt, die über die bereits nach geltendem Recht anwendbaren Sanktionen hinausgeht. Anstelle des vorgeblichen Ziels der Förderung der Integrität in der Wirtschaft, wird ohne erkennbare Handlungsnotwendigkeit eine Grundlage für die Haftung von Unternehmen geschaffen. Das VerSanG-E findet demnach Anwendung auf juristische Personen des öffentlichen und privaten Rechts, nicht rechtsfähige Vereine und rechtsfähige Personengesellschaften, sofern deren Zweck auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist. Behörden und Gerichten wird damit ein für die Ahndung sogenannter Verbandstaten „ausreichend scharfes und zugleich flexibles Sanktionsinstrumentarium“ zur Verfügung gestellt, wie es im Wortlaut des Entwurfs heißt, darunter Geldbußen bis zu zehn Millionen Euro.

Auch wenn der ursprüngliche Titel „Gesetz zur Bekämpfung von Unternehmenskriminalität“ geändert wurde, so bleibt doch der pauschale Vorwurf eines Misstrauensvotums im Tenor bestehen. Dabei haben

Unternehmen in der Corona-Pandemie jüngst erneut unter Beweis gestellt, dass sie mit gesellschaftlicher Verantwortung, Compliance und Unternehmergeist einen wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens geleistet haben. Ein fatales Signal zur falschen Zeit geht daher von diesem Gesetzesvorhaben aus. Die ostdeutsche Bauwirtschaft benötigt für die bevorstehende Zeit der noch andauernden Krise mehr denn je das Vertrauen, das sie sich als integrierter Krisenmanager nicht zuletzt mit der Aufrechterhaltung des Baustellenbetriebs und einer verantwortungsvollen Personalpolitik verdient hat.

Insofern hatten der federführende Rechtsausschuss sowie der Wirtschaftsausschuss im Bundesrat mit ihrer Empfehlung, den Regierungsentwurf zum „Verbandssanktionengesetz“ abzulehnen, die richtigen Weichen gestellt. Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme vom 18. September 2020 den Entwurf nun doch im Wesentlichen befürwortet und lediglich auf sachlichen Änderungs- oder Streichungsbedarf hingewiesen. Danach soll im Rahmen des weiteren Gesetzgebungsverfahrens geprüft werden, ob die Verantwortlichkeit und Sanktionen insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen verhältnismäßig ausgestaltet sind und ob bestimmte Verbandstaten gänzlich ausgenommen werden können. Neben der Verhältnismäßigkeit sollte auch die Frage der Erforderlichkeit auf die politische Agenda gehoben werden. Denn nicht nur in Krisenzeiten benötigen Unternehmen angesichts stetig wachsender Bürokratie vor allem Vertrauen, um zukunftsfähig agieren zu können.

➤ Deponieknappheit

Von Rainer Gösel, Leiter Geschäftsentwicklung und Flächenrevitalisierung der RST Recycling und Sanierung Thale GmbH

Wir alle haben eine Meinung – zu fast allem. Insbesondere scheint es im Bereich des Umweltschutzes jede Menge Experten zu geben. Das ist gut so, denn der hohe Status von Umweltthemen in der öffentlichen Debatte zwingt die Gesellschaft ihre Lebensgewohnheiten stetig zu hinterfragen. Solange die Debatten dort, wo die Entscheidungen getroffen werden, sachlich geführt werden, führen sie oft zu einem für alle Beteiligten akzeptablen und für die Gesellschaft vorteilhaften Ergebnis.

Bei Betrachtung einzelner Themen oder einzelner Vorhaben fällt es manchmal schwer daran zu glauben, dass der oben beschriebene Mechanismus funktioniert. Ein Beispiel hierfür ist die derzeit in der Öffentlichkeit und im Landtag von Sachsen-Anhalt geführte Diskussion um den aktuellen Abfallwirtschaftsplan des Landes, insbesondere, soweit es den Bedarf an Deponien betrifft. Für mineralische Massenabfälle, die die Bauwirtschaft im Wesentlichen bewältigen muss, wurde im Abfallwirtschaftsplan eine Prognose zu Grunde gelegt die davon ausging, dass ab 2017 für die Verfüllung von Tagebauen nur noch Boden und Steine der Einbauklasse Z0* zugelassen sein würden. Allerdings ist das Landesamt für Geologie und Bergwesen mit dem Versuch, dies für bestehende Genehmigungen durchzusetzen, im November 2018 vor dem Bundesverwaltungsgericht gescheitert. Derzeit können bergrechtlich genehmigte Verfüllungen auf der Grundlage von Altgenehmigungen bis 2025 fortgeführt werden. Das hat dazu geführt, dass weniger Abfälle auf Deponien beseitigt worden sind als dies nach der Prognose des Abfallwirtschaftsplans zu erwarten gewesen wäre. Allerdings ist hier ein Ende abzusehen, die Tagebaue sind einfach bald voll. Die Überschussmengen, die dann nicht mehr in Tagebauen verwertet werden können, müssen zum größten Teil auf Deponien beseitigt werden.

Für sich betrachtet strapaziert der Abfallwirtschaftsplan das Vertrauen in den verantwortungsvollen Umgang der Entscheidungsträger mit der Gewährleistung der Entsorgungssicherheit für mineralische Massenabfälle. Es wurden nicht nur die Gesamtvolumina der in Sachsen-Anhalt verfügbaren Deponien an Stelle der genehmigten Jahreskapazitäten für die Berechnung verwendet, es wurde auch die Deponie Profen berücksichtigt, die bis heute nicht in Betrieb gegangen ist.

Doch selbst mit diesen fragwürdigen Ansätzen wäre die Gesamtkapazität aller bestehenden Deponien nach dem verwendeten Prognosemodell spätestens 2026 erschöpft gewesen. Formal war die Aussage des Abfallwirtschaftsplans, dass die Entsorgungssicherheit bis 2025 gewährleistet wäre zwar nicht falsch, die daraus getroffene Ableitung, es bestünde kein weiterer Bedarf an Deponieraum, war dagegen nicht nur falsch, sie war unverantwortlich. Der Glaube, man könne im Jahr 2025 damit beginnen, den bereits für 2026 in Sachsen-Anhalt zu befürchtenden Deponienotstand zu bekämpfen, ist zumindest naiv.

Diejenigen, die sich der Problematik stellen und sich um die Schaffung neuen Deponieraums bemühen, müssen sich heftigster Gegenwehr aus der Bevölkerung stellen. Es ist verständlich, dass die betroffenen Bürger sich gegen Deponien vor ihrer eigenen Haustür wehren und das Problem gern an andere Stellen und damit auf Andere verlagern würden.

Von der Politik jedoch, die die Gewährleistung der Entsorgungssicherheit für mineralische Abfälle der privaten Wirtschaft übertragen hat, sollte man allerdings erwarten können, dass sie die private Wirtschaft bei der Erfüllung ihrer Aufgabe wenigstens soweit unterstützt, dass sie zu einer Versachlichung der Diskussion zwischen Bürgern und Antragstellern beiträgt.

Leider ist das Gegenteil der Fall. Auf lokaler Ebene bis in den Landtag werden Deponien von einzelnen Politikern und ganzen Fraktionen mit der Begründung verdammt, damit den Bürgern helfen und die Umwelt schützen zu wollen. Wenn sie den Bürgern wirklich helfen und die Umwelt schützen wollten, müssten sie die Deponie an sich als unverzichtbaren Bestandteil der Kreislaufwirtschaft akzeptieren. Sie müssten die Erschließung neuer Deponiestandorte unterstützen, um die Umwelt vor unerlaubten Ablagerungen und unnötigen Abfalltransporten zu schützen.

Liebe Bürger und liebe Politiker, Sie könnten es besser wissen. Treten Sie in einen Dialog mit den Menschen, deren Beruf es ist, mit Abfällen umzugehen. Vielleicht verstehen Sie dann, dass Kreislaufwirtschaft anspruchsvoller ist, als Sie offenbar glauben.

Die Bauwirtschaft steht für Gespräche zur Verfügung.



Foto: RST Recycling und Sanierung Thale GmbH

➤ Bildungswege – vom Azubi zum Bauleiter



Der demografische Wandel und der damit verbundene Kampf um junge Fachkräfte sind Schwerpunkte, die die Unternehmen der Bauwirtschaft in Zukunft immer stärker beschäftigen müssen. Zahlen des Bauindustrieverbandes Ost belegen, dass anhand der Altersstruktur in den Unternehmen im Zeitraum 2019 bis 2030 allein aus Altersgründen knapp 240.000 gewerbliche Arbeitnehmer das deutsche Baugewerbe verlassen. Das entspricht knapp 23 Prozent ihres gegenwärtigen Bestandes. Die Bauwirtschaft bietet dabei jungen Fachkräften viele Chancen. In keiner anderen Branche ist die Durchlässigkeit zwischen Fach- und Führungskräften so groß wie in der Bauwirtschaft – dies beweist auch das Beispiel der TRP Bau GmbH.

TRP Bau ging einen speziellen Weg und strukturierte die Belegschaft in den letzten Jahren um. Zwei junge Mitarbeiter, der Polier Robert Jeschke sowie der staatlich geprüfte Techniker Marco Geserick, wurden zu bauleitenden Polieren befördert und nach einem Jahr sogar zum Bauleiter berufen. „Eine mutige Entscheidung“, betont die Geschäftsführung und bemerkt: „aber aus heutiger Sicht auch die richtige“.

In der „Bau im Blick“ blickt **Marco Geserick** zurück und erzählt von seiner Entwicklung.

Aufstieg zum bauleitenden Polier und direkt im Anschluss die Berufung zum Bauleiter. Wie geht es Ihnen mit dieser Entwicklung?

Ich bin TRP Bau für das Vertrauen dankbar. Am Anfang habe ich eine kurze Eingewöhnung gebraucht, aber ich glaube, dass ich mich mittlerweile gut eingearbeitet habe. Die eigentliche Entscheidung musste indes schnell getroffen werden, viel Zeit zum Überlegen gab es da nicht. Die Aufgaben meines Vorgängers mussten schließlich weitergeführt und die Baustelle am Laufen gehalten werden. Bereut habe ich den Schritt nie.

Welche Unterstützung gab es seitens des Unternehmens und der Geschäftsführung?


Mir wurden sehr viele Freiheiten gelassen und für jegliche Rückfragen hatte man immer ein offenes Ohr. Auch die Kollegen unterstützten die Entscheidung und fanden sich im neustrukturierten Team gut zurecht. Das hat mich in der Entwicklung sicher gestärkt.



Welche Pläne haben Sie für die Zukunft?

Ich bin zufrieden bei TRP Bau. Ich weiß noch, wie ich vor elf Jahren am 5. Oktober 2009 meine Ausbildung im Unternehmen begonnen habe. Der Aufstieg vom Azubi zum Bauleiter ging rasant – das hätte ich im Vorfeld nicht gedacht. Sicher warten noch einige Baustellen auf mich als Bauleiter bei TRP Bau, darauf freue ich mich.

Wir wünschen Ihnen weiterhin viel Erfolg!

➤ Aus den Ausbildungszentren

 Berufsförderungswerk der Bauindustrie
Berlin-Brandenburg e.V.

 Bau Bildung Sachsen e.V.
 Bau Bildung Sachsen-Anhalt e.V.

Lehrlingszahlen auf gutem Niveau

Insgesamt 325 Jugendliche konnten die drei Standorte der Überbetrieblichen Ausbildungszentren (ÜAZ) in Brandenburg zum neuen Lehrjahr begrüßen. Damit liegen die Ausbildungszahlen auf dem Niveau des Vorjahres, in dem 323 Auszubildende (Azubis) eine Ausbildung in der Baubranche gestartet hatten. Während die Ausbildungsberufe Zimmerer und Ausbaufacharbeiter einen leichten Rückgang verzeichnen, steigerte sich die Zahl der neuen Maurerlehrlinge um 26 Prozent und die der Tiefbaufacharbeiter im Bereich Rohrleitungsbau um ganze 66 Prozent.

Ein Blick in die Gewerke zeigt, dass der Tiefbau mit 115 Azubis im Vergleich zum Vorjahr mit einer Lehrlingszahl von 101 an Interesse gewonnen hat. Der Ausbau verliert im Vergleich zum letzten Ausbildungsjahrbeginn 11 Jugendliche und steht nun bei 32 Jugendlichen im ersten Lehrjahr. Der Beruf des Baugeräteführers erfreut sich weiter großer Beliebtheit: 60 Azubis konnten für den Beruf gewonnen werden.

Erneut hohe Azubi-Zahlen

Zum Beginn des neuen Ausbildungsjahres wurden 605 neue Auszubildende und kooperative Studenten an den vier ÜAZ-Standorten in Sachsen begrüßt. Allein 181 davon am ÜAZ Dresden. Die beiden ÜAZ in Sachsen-Anhalt konnten mit 246 Azubis ins neue Ausbildungsjahr starten. Damit ist die Zahl der Auszubildenden in beiden Bundesländern erneut gestiegen. Pandemiebedingt waren seit März nahezu alle Berufsorientierungsveranstaltungen in den Schulen ausgefallen. Erfreulich ist deshalb, dass die zusätzlichen Bemühungen der Firmen und der ÜAZ zur Nachwuchsgewinnung dazu geführt haben, dass trotzdem die vergleichsweise hohe Zahl an Ausbildungsabschlüssen zustande gekommen ist. Befragungen unter Jugendlichen zeigen, dass die Berufswahl nach wie vor zu einem großen Teil von den Eltern, Freunden und Bekannten beeinflusst wird. Dass sich die Baubranche in den zurückliegenden Monaten als krisenfeste Branche gezeigt hat, trägt deshalb sicherlich zu den guten Lehrlingszahlen bei.

➤ Hervorragende Ausbildungsbetriebe

Auch dieses Jahr zeichneten der Bau Bildung Sachsen e. V. und Bau Bildung Sachsen-Anhalt e. V. „Hervorragende Ausbildungsbetriebe“ aus, die sich besonders um die Ausbildung des Berufsnachwuchses verdient gemacht haben. Zu den Kriterien gehören z. B. Aktivitäten der Nachwuchsgewinnung, die Kontinuität der Ausbildung, die Betreuung und Übernahme der Lehrlinge, ehrenamtliches Engagement sowie Engagement für Jugendliche mit Unterstützungsbedarf. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels soll die Auszeichnung die hervorragenden Ausbildungsbedingungen in der Bauwirtschaft sichtbar machen und ein positives Image der Bauwirtschaft befördern.

Folgende Mitgliedsunternehmen des Bauindustrieverbandes Ost wurden ausgezeichnet:

Trockenbau Wäntig GmbH, Schneeberg
STRABAG Rail GmbH, Freital
Josef Pfaffinger Leipzig Baugesellschaft mbH, Leipzig
Rhomborg Sersa Deutschland GmbH, Halle/S.
SCHNEIDER trockenBAU-akustik GmbH, Irlxleben

Herzlichen Glückwunsch!

➤ Verbundvorhaben gestartet: BIM-basierte Bauausbildung



Seit dem 1. September 2020 sind die ÜAZ Dresden, Holleben und Brandenburg Partner im Verbundvorhaben „BIM-basierte Bauausbildung (B³AUS)“. Der Projektverbund wird von Dresden aus geleitet und durch Ausbildungszentren aus Rostock, Hamm und Mannheim ergänzt. Gemeinsam wollen die Partner die BIM-Methode in die Bauausbildung übertragen und die Azubis niedrigschwellig mit der zeitgemäßen Arbeitsweise vertraut machen. Dabei kommen digitale Bauwerksmodelle und modernste Vermessungstechnik in den unterschiedlichen Gewerken zum Einsatz. Auch Branchensoftware sowie Tablets und Großbildschirme zum Anzeigen und Auswerten der Modelle werden in den Ausbildungshallen genutzt. Bis 2023 wird für alle Bauhauptberufe erprobt, wie die Methode in der Ausbildungspraxis im ÜAZ und im Zusammenspiel mit Ausbildungsbetrieben und Berufsschulzentren einsetzbar ist. „Der Schwerpunkt im ÜAZ liegt nach wie vor auf der umfassenden und handwerklich korrekten praktischen Ausbildung. Die neuen digitalen Möglichkeiten können aber den Lernerfolg befördern. Eine digitale Darstellung der Bauwerke unterstützt z. B. die räumliche Vorstellungskraft vieler Azubis.“, erläutert Projektleiter [Michael Wieczorek](#) vom Bau Bildung Sachsen e. V.

Das Vorhaben ist eines von 15 innovativen Entwicklungs- und Erprobungsprojekten, die das Bundesinstitut für Berufsbildung seit September deutschlandweit über das Programm „ÜBS-Digitalisierung“ fördert.

Den Grundstein hatte der Bau Bildung Sachsen e.V. bereits im Vorgängerprojekt „BAU'S MIT BIM“ (2016–2019) gelegt. Bis 2019 wurde von Dresden aus die grundsätzliche Machbarkeit der Idee geprüft. Dank der erneuten bundesweiten Förderung kann der innovative Gedanke nun weitergetragen werden.



BERLIN

➤ Strategiekreis Luft

Am 28. Juni 2018 wurde das sogenannte Berliner Mobilitätsgesetz verabschiedet, dessen Ziel es ist, die Stadt mobiler, sicherer und klimafreundlicher zu gestalten, so die damalige Intention der Verkehrssenatorin [Regine Günther](#) (Bündnis 90/Die Grünen). Im Zuge dessen haben sich mehrere Fachverbände – die Industrie- und Handelskammer (IHK) ist hierbei federführend – zu einem Bündnis zusammengeschlossen, das insbesondere den Wirtschaftsverkehr im Gesetz flankiert und seine Bedeutung für die Stadt betont.

Auch der Bauindustrieverband Ost beteiligt sich aktiv in diesem Gremium. Mehrere Stellungnahmen sind innerhalb der Runde erarbeitet worden, zuletzt wurden in diesem Zusammenhang die zuständigen Behörden über die Einschätzung und Lösungsvorschläge der beteiligten Kammern und Verbände informiert. Der parlamentarische Prozess, in den sich die Bauindustrie fortlaufend einbringt, sieht nun die Bearbeitung seitens des Berliner Senats vor.

BRANDENBURG

➤ Bündnis für Wohnen Brandenburg



Leitungsrunde des Bündnisses für Wohnen in Brandenburg am 3. August 2020

Foto: ©MIL

Am 3. August 2020 kamen die Spitzen der beteiligten Verbände im Bündnis für Wohnen Brandenburg in Potsdam zusammen. Im Rahmen dessen zogen sie nicht nur eine positive Zwischenbilanz in Bezug auf die Bündnisarbeit, sie verabschiedeten zudem eine gemeinsame Erklärung, in der sie die Bedeutung von sozialem Zusammenhalt in den Orten und Wohnquartieren hervorhoben. Den Kern dieses Bündnisses bilden die sogenannten Werkstätten auf der Arbeitsebene. So stand die 11. Sitzung ganz im Zeichen der Grundsteuerreform,

die derzeit in vielen Ländern intensiv diskutiert wird. Dabei hat die jeweilige Ausgestaltung einen erheblichen Einfluss auf sämtliche Akteure am Wohnungsmarkt. In einem Impuls wurden die unterschiedlichen Reformansätze vorgestellt, sodass die Bündnismitglieder im Anschluss insbesondere die Vor- und Nachteile der verschiedenartigen Modelle diskutieren konnten. Neben dem Bericht zu aktuellen Entwicklungen im Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung gab es einen weiteren Austausch zur Lage mit der Corona-Pandemie.

SACHSEN

Preis der Sächsischen Bauindustrie 2020



Jurymitglieder Prof. Dr. Klaus Holschemacher (links) und Volker Walter (rechts) beglückwünschen beide Preisträger

In diesem Jahr wurde der Preis der Sächsischen Bauindustrie bereits zum 13. Mal ausgelobt. Unter der Beurteilung der Baupreisjury, bestehend aus Verbandsmitgliedern und Hochschulprofessoren, wurde in den Kategorien Architektur und Bauingenieurwesen je-

weils ein Preisträger gekürt. Die Bauindustrie gratuliert **Robert Bretschneider** und **Iurii Vakaliuk** zu ihren ausgezeichneten Arbeiten. Beide Preisträger stellen ihre Arbeiten auf der folgenden Doppelseite 16–17 vor.

SACHSEN

Kommunaler Straßenbau in Sachsen



Foto: WOLFF & MÜLLER Tief- und Straßenbau GmbH & Co. KG

Die Entwicklung im sächsischen Straßenbau stellt die Bauunternehmen vor immer größere Sorgen. Per Juli 2020 brach der Auftragseingang in diesem Segment um knapp ein Drittel zum Vorjahr ein. Der Fördermittelstopp im kommunalen Straßenbau sowie die zu erwartende

Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2021/22 frühestens im 1. Quartal 2021 wird die Situation noch weiter verschärfen.

Mit Blick auf die Haushaltsberatungen appelliert der Verband daher dringend an die Regierungsfractionen, sowohl die Mittel für den kommunalen als auch den Staatsstraßenbau nicht noch weiter zu kürzen, sondern bedarfsgerecht aufzustocken. Erhalt und Ausbau des kommunalen Straßennetzes sind von erheblicher Bedeutung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Freistaates. Es besteht sonst die Gefahr, dass sich der Zustand der kommunalen Infrastruktur weiter verschlechtert und sich der Werteverzehr noch weiter vergrößert. All das konterkariert die Bemühungen der Staatsregierung, eine leistungsfähige Infrastruktur zu sichern, die durch den zunehmenden Schwerlastverkehr zusätzlich unter starker Belastung steht.

SACHSEN

Teilschulnetzplanung Berufsbildender Schulen in Sachsen

Aufgrund des demografischen Wandels und veränderter Anforderungen an die berufliche Bildung überarbeitet das Sächsische Staatsministerium für Kultus (SMK) derzeit die Teilschulnetzplanung Berufsbildender Schulen in Sachsen. Laut Entwurf kommen auf die Bauwirtschaft einige Änderungen zu. So soll das 1. Lehrjahr des Berufsbereichs Bautechnik nur noch an sieben statt elf Berufsschulen unterrichtet werden. Das Angebot an den Berufsschulen in Reichenbach, Böhlen, Meißen und Freiberg würde wegfallen. Zudem soll eine weitere Bündelung der Ausbildungsangebote im Bereich der Bautechnik nach Spezialisierungen geschehen (s. Abbildung).

Der Dialogprozess mit den Landkreisen und dem Landesausschuss für Berufsbildung (LAB) ist hierzu noch nicht abgeschlossen. Der Bauindustrieverband Ost wird sich dafür einsetzen, dass ein flächendeckendes Berufsschulangebot weiterhin angeboten wird.



SACHSEN-ANHALT

Deponieknappheit im politischen Fokus



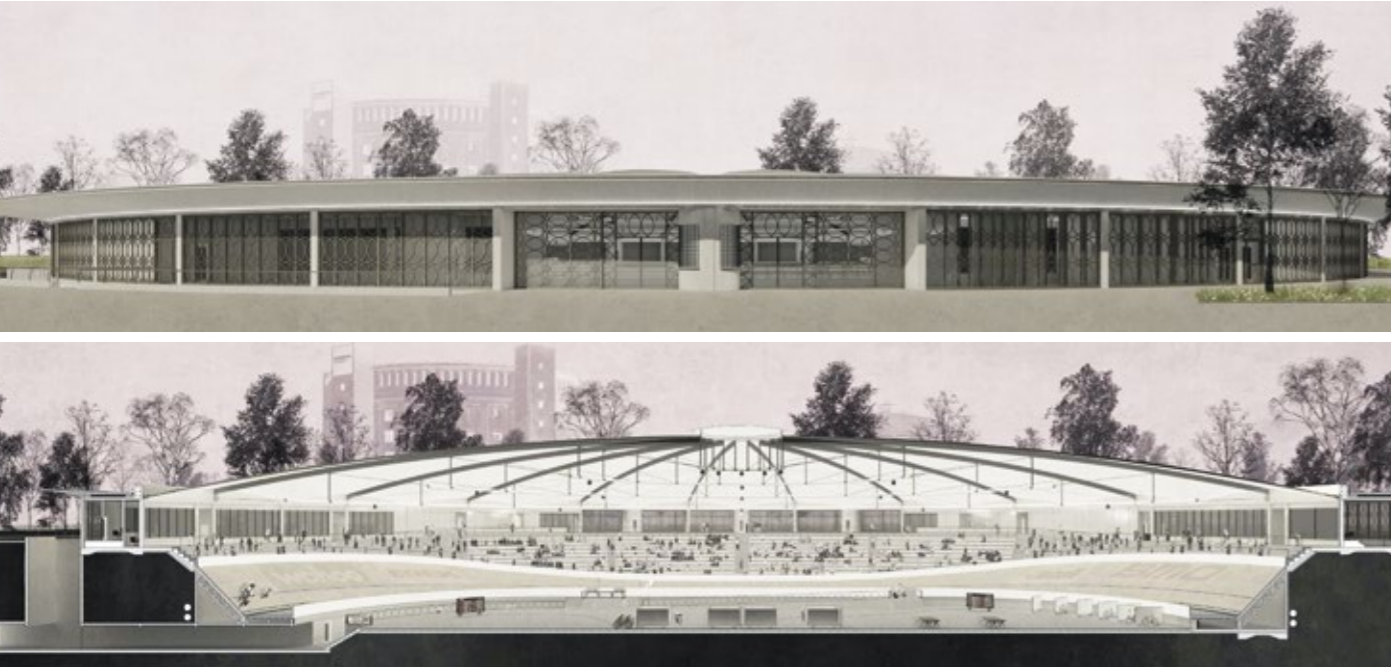
Foto: shutterstock.com/gyn9037

Kaum ein Thema wird derzeit so heiß im politischen Sachsen-Anhalt diskutiert wie die Deponieknappheit. So traf sich der Bauindustrieverband Ost am 9. September 2020 im Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie des Landes Sachsen-Anhalt zu

einem Gespräch mit **Gesa Kupferschmidt**, Leiterin der Abteilung „Technischer Umweltschutz und Bodenschutz“ sowie **Dr. Claudia Hauffe-Kloss**, Leiterin Referat „Kreislaufwirtschaft, Chemikaliensicherheit und allgemeiner Gesundheitsschutz“. Der BIVO wies darauf hin, dass gerade bei den Deponieklassen DK 0 und DK I ein Entsorgungsnotstand drohe und die Vorhaltung von dezentralen Deponien für mineralische Baustoffe gewährleistet werden müsse. Zur Abwendung eines Entsorgungsnotstands und einer drohenden Kostenexplosion bei den Baupreisen sei es daher notwendig, neue Deponien zu planen und zu erschließen. Am 30. September 2020 luden zudem der Ausschuss für Umwelt und Energie sowie der Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung Branchenvertreter und Bürgerinitiativen zu einer entsprechenden Anhörung in den Landtag Sachsen-Anhalts. Die Vertreter des Bauindustrieverbandes Ost betonten, dass die bislang gesicherten Entsorgungswege in den nächsten Jahren erschöpft sind. Angesichts des Genehmigungsvorlaufs von fünf bis acht Jahren, müssen schon jetzt die Deponiekapazitäten ab 2026 in den Blick genommen werden. Die Erarbeitung eines neuen Abfallwirtschaftsplans unter Beteiligung der Entsorgungs- und Baubranche ist hierfür unerlässlich. Eine versachlichte Diskussion und eine staatlich koordinierte Deponieplanung muss im Sinne aller Beteiligten entlang der Wertschöpfungskette erfolgen.

Radrennbahn Dresden-Reick

PREIS DER SÄCHSISCHEN BAUINDUSTRIE 2020 – Kategorie Architektur



Karten des Dresdner Stadtgebiets aus der Vorkriegszeit zeigen nahe der Reicker Gasaufbereitungsanlage eine große Anlage, eine Radrennbahn. Diese ist während der Kriegsjahre bis 1945 zerstört worden und stand in den nachfolgenden Jahrzehnten nicht auf der Prioritätenliste zum Wiederaufbau. So setzte sich **Robert Bretschneider** für seine Architektur-Diplomarbeit zum Ziel, die Radrennbahn Dresden-Reick neu zu konzipieren und so auch den Fahrradverkehr nachhaltig zu fördern.

Auf dem Gelände soll die fast ein Jahrhundert vom Gaswerk genutzte Scholle im Zuge der Erneuerung von seiner „schmutzigen“ Vergangenheit befreit und zu einer Parkanlage umgewandelt werden. Diese soll im Zusammenspiel mit der Radrennbahn und dem ehemaligen Gasspeicher, der nun als Ausstellungsraum dient, den Standort aufwerten.

Die Radrennbahn selbst soll nach Plänen von Robert Bretschneider soweit in die Erde eingegraben werden, dass die höchsten Punkte der Kurven genau Bodenniveau erreichen. Dies vereinfacht die Konstruktion, da man direkt in der Erde gründen kann und keine zusätzlichen Stützkonstruktion über der Erde bauen muss. An den Rändern der trichterförmigen Grube, welche die Rennbahn beherbergt, befinden sich die Sitz- und Stehplätze für die Zuschauer. Der die Rennbahn umgebene Ring beherbergt Räume, wie Foyer mit Kartenverkauf, Seminarräume und Presseboxen. Das Dach, über die Bahn ist eine leichte Membrankonstruktion.

Die universitären Betreuer bestätigten, dass das Projekt seine Stärke insbesondere in der wohlüberlegten Verbindung von Programm und Ort findet. Es münde in einer eigenständigen und trotz ihres technischen Hintergrundes sehr fantasievollen Arbeit, die einen wertvollen Diskussionsbeitrag zur städtischen Entwicklung des vorstädtischen Gebietes leistet.

Preis der Sächsischen Bauindustrie 2020
Kategorie ARCHITEKTUR

Robert Bretschneider
Dipl.-Ing. Arch.

DIPLOMARBEIT
Technische Universität Dresden
Fakultät Architektur
„Radrennbahn Dresden-Reick“

Betreuer: Prof. Dipl.-Ing. Ivan Reimann
Prof. Dipl.-Ing. Thomas Müller

Konzeptionelle Entwicklung der Grundprinzipien eines makrozellularen modularen Struktursystems auf der Basis von Textilbeton

PREIS DER SÄCHSISCHEN BAUINDUSTRIE 2020 – Kategorie Bauingenieurwesen



Der rasche industrielle Fortschritt und die schnell wachsende Bevölkerung gehen oft einher mit einem erhöhten Energieverbrauch, der verstärkten Nutzung ökologischer Ressourcen und einer Zunahme der weltweiten CO₂-Emissionen. Im Bereich des Bauingenieurwesens gibt es hierzu eine Menge neu entwickelter Designlösungen und fortschrittlicher Materialien wie den Textilbeton (Textile reinforced concrete – TRC).

Das Ergebnis entsprechender Forschungsprojekte sind technische Lösungen, wie z. B. effizient gestaltete filigrane Schalenstrukturen mit materialsparenden Eigenschaften oder säulenförmige Elemente, die als Teil von Verbindungssystemen, Sandwichplatten usw. in Betracht kommen. Es gibt jedoch auch Aufgaben und Fragen, die noch gelöst werden müssen. Zum Beispiel stellen sich bei der Umsetzung moderner Architekturtrends die Fragen, wie man Freiform-TRC-Elemente auf die effizienteste Art und Weise herstellt oder wie man einzelne Betonplatten zu einer ganzen Struktur zusammenfügt? Das Verbindungsproblem ist eines der entscheidendsten, da es notwendig ist, eine zuverlässige Verbindungsmethode für großflächige Strukturen zu entwickeln, die nicht in einem Schritt gegossen werden können und bei denen daher davon ausgegangen wird, dass sie aus modularen Platten zusammengesetzt werden. Und nicht zuletzt die entscheidende Frage, wie man filigrane Strukturen mit einer ausreichenden Biegesteifigkeit konstruieren kann.

Im Rahmen der Masterarbeit von **Iurii Vakaliuk** wird vorgeschlagen, ein makrozelluläres modulares Struktursystem (MCMS) mit überwiegend prismatischen Zellen zu entwickeln, das als mögliche Lösung für die oben genannten Fragen und Herausforderungen in Betracht gezogen werden kann. Das ursprüngliche Konzept des MCMS sieht für großformatige Betonelemente eine zelluläre innere Struktur vor, die nach hierarchischen Prinzipien angeordnet und von natürlichen Strukturen

wie einem Holzstamm aus verschiedenen zellulären Materialien inspiriert ist. Darüber hinaus wird vorausgesetzt, dass der Beton in Anlehnung an natürliche Mechanismen wie dem beanspruchungsgerechten Dichtegradient des Materials und der Ausbildung wabenartiger Strukturen angeordnet wird.

Die Darstellung der wichtigsten geometrischen Aspekte des MCMS ist einer der Hauptabschnitte der Masterarbeit. Darüber hinaus wurde ein spezielles Entwurfswerkzeug innerhalb einer parametrischen Software wie Grasshopper 3D entwickelt, um eine Möglichkeit zu schaffen, die Zellgeometrie in 3D zu modellieren, zu modifizieren und zu analysieren. Es wurde ein Entwurfswerkzeug oder genauer eine Gruppe von Werkzeugen entwickelt, die die gesamte erforderliche Logik verschiedener zellulärer Strukturen, Entwurfsalgorithmen, Strukturanalysen sowie ein spezielles Grasshopper-Cluster enthalten, das die Generierung von MCMS-Strukturen ermöglicht.

Preis der Sächsischen Bauindustrie 2020
Kategorie BAUINGENIEURWESEN

Iurii Vakaliuk
M.Sc.

MASTERARBEIT
Technische Universität Dresden
Institut für Massivbau
„Konzeptionelle Entwicklung der Grundprinzipien eines makrozellularen modularen Struktursystems auf der Basis von Textilbeton“

Betreuerin: Dr.-Ing. Maria Patricia Garibaldi

➤ Magdeburger Wohnungsbau in Zeiten der Corona-Pandemie



Industriebau Wernigerode GmbH

Hauptgeschäftsführer
Dipl.-Ing. (FH) Peter Schmidt

Tätigkeitsschwerpunkt
Wohnungsbau
Industrie- und Gewerbebau
Bauten der öffentlichen Hand
Projektentwicklung/ ÖPP
Bauträgerprojekte
Sanierung

Industriebau Wernigerode GmbH
Dornbergsweg 22
38855 Wernigerode

www.industriebau-wernigerode.de



„Ewige Brache wird wieder bebaut“ titelte die Zeitung Volksstimme im Mai 2020 zum Baustart am Wittenberger Platz in Magdeburg. Das Mitgliedsunternehmen des BIVO, Industriebau Wernigerode GmbH, entwickelt auf dem 3.400 m² großen Grundstück im Stadtteil Alte Neustadt unweit des Wissenschaftshafens sowie der Otto-von-Guericke-Universität ein Wohn- und Geschäftshaus mit 69 Wohnungen und einer Gewerbeeinheit. Die tragenden Außen- und Innenwände der aufgehenden Geschosse werden als Kalksandstein-Mauerwerk bzw. auch teilweise als Stahlbetonwände nach statischen Erfordernissen ausgeführt. Alle Geschossdecken werden als Massivdecken bzw. Elementdecken mit Aufbeton gemäß statischen Erfordernissen realisiert. Die Fassadenbereiche werden als Wärmedämmverbundsystem nach Energieeinsparverordnung ausgeführt. Die Entwicklung und Aufwertung von Stadtteilen im Rahmen von Bauträgerprojekten ist eines der Kerngeschäfte des Harzer Bauunternehmens. Gerade in der Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts wurden in der Vergangenheit mehrere Projekte unter anderem in der Goethe- wie auch der Turmschanzenstraße realisiert.

Mit dem Baustart im Mai 2020 begann das Unternehmen mit dem Spezialtiefbau am Wittenberger Platz. In der ersten Hochphase der Corona-Pandemie war dies nur eingeschränkt möglich, da massive Probleme bei der Genehmigung der Kampfmittelbeseitigung auftraten. Bei der Beurteilung der Bodenverhältnisse wurde ein Verdachtspunkt gefunden, der aufgrund der Corona-Auflagen des Landes Sachsen-Anhalt nicht geöffnet werden konnte. Eine mögliche Evakuierung ganzer Straßenzüge und die Unterbringung hunderter Menschen in öffentlichen Gebäuden sollte verhindert werden. Im engen Austausch mit dem Kampfmittelbeseitigungsdienst und den öffentlichen Ämtern konnte keine kurzfristige Lösung gefunden werden. Folge: vierwöchiger Stillstand der Spezialtiefbauarbeiten in diesem Bereich der Baustelle. Mit Verzögerungen konnte der Verdachtspunkt im Sommer geöffnet werden. Der Verdacht eines Kampfmittelfundes konnte glücklicherweise nicht bestätigt werden – ein altes Stahlrohr lagerte im Boden. Industriebau Wernigerode führt seither die Bauarbeiten zügig fort, sodass die Fertigstellung des Wohnkomplexes für Ende 2021 geplant ist.



HAUPTUNTERNEHMERHAFTUNG

➤ Gesetzesänderung bei der Vorlage von Unbedenklichkeitsbescheinigungen

Ausgangslage

Im Baugewerbe können Hauptunternehmen nach § 28e Abs. 3a SGB IV für nicht gezahlte Sozialversicherungsbeiträge ihrer eingesetzten Nachunternehmen haften. Dabei kann ein Verschulden des Hauptunternehmens ausgeschlossen werden, wenn es Fachkunde, Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit seiner Nachunternehmen mittels einer Präqualifikation oder durch Vorlage von Unbedenklichkeitsbescheinigungen der zuständigen Einzugsstelle nachweist (§ 28e Abs. 3b bzw. Abs. 3f SGB IV). Mit der Unbedenklichkeitsbescheinigung wird bestätigt, dass Unternehmen ihren Zahlungsverpflichtungen nachgekommen sind.

In der Vergangenheit war umstritten, wie mit Situationen umzugehen ist, in denen Unbedenklichkeitsbescheinigungen zwar vor Auftragsvergabe, im danach folgenden Bauzeitraum aber nicht durchgängig vorhanden waren. Mit dem Wortlaut in § 28e Abs. 3a SGB IV ließ sich gut argumentieren, dass der Haftungsausschluss jedenfalls „soweit und solange“ die Unbedenklichkeitsbescheinigungen reichten, besteht und nur für die Zeiten dazwischen gehaftet werde. Insbesondere die BG BAU argumentierte jedoch, dass Hauptunternehmen für den gesamten Zeitraum der Vertragsdauer nachweisen müssen, dass ihre Nachunternehmen rechtzeitig und vollständig alle Mitteilungs- und Zahlungsverpflichtungen für Unfall- und sonstige Sozialversicherungsbeiträge erfüllen. Gelänge ihnen dieser Nachweis nicht, haften sie auch für den gesamten Zeitraum.

Gesetzesänderung

Im Zuge des Siebten Gesetzes zur Änderung des Vierten Sozialgesetzbuches und anderer Gesetze (7. SGB IV-Änderungsgesetz) wurde eine Änderung im Rahmen der Hauptunternehmerhaftung nach § 28e SGB IV eingeführt. Durch die nun erfolgte Änderung in § 28e Abs. 3f SGB IV, welche seit dem 01.07.2020 gilt, wird klargestellt, dass Unbedenklichkeitsbescheinigungen „lückenlos“ für den Zeitraum des Auftragsverhältnisses vorliegen müssen, damit sich der Hauptunternehmer exkulpieren kann. Diese Neuregelung führt zu der Situation, dass eine Enthaftung weiterhin möglich ist, „solange und soweit“ ein präqualifiziertes Nachunternehmen eingesetzt wird.

Aufgrund der neuen gesetzlichen Regelung führen Unbedenklichkeitsbescheinigungen jedoch nur dann zu einer Enthaftung, wenn sie ohne Lücke für den gesamten Zeitraum der Auftragsvergabe vorliegen. Der frühere Gleichlauf wurde damit abgeschafft.

Praxishinweis

Für Hauptunternehmer empfiehlt es sich, dass zukünftig möglichst nur noch präqualifizierte Nachunternehmen eingesetzt werden, um eine Nachunternehmerhaftung zu vermeiden. Wo dies nicht gelingt, ist die Vorlage nahtloser Unbedenklichkeitsbescheinigungen genauestens nachzuhalten und ggf. vertraglich zu verankern.



➤ Aus dem Verband

Im Gespräch mit der Autobahn GmbH des Bundes



Am 6. Oktober 2020 fand in Potsdam ein Kennenlerngespräch zwischen den Vorstandsmitgliedern der Fachabteilung Straßenbau Ost, Regionalbereich Berlin-Brandenburg des Bauindustrieverbandes Ost und Vertretern der Niederlassung Nordost der Autobahn GmbH des Bundes statt. Der künftige Niederlassungsdirektor [Ronald Normann](#) stellte den aktuellen Stand des Aufbaus der Autobahn GmbH des Bundes vor. Die Niederlassung Nordost wird ab 1. Januar 2021 für die Bundesländer Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern zuständig sein. Normann berichtete indes, dass der Investitionshochlauf bei Autobahnbau und -sanierung der letzten Jahre nicht verstetigt werden kann.

Verwaltung im Dialog

Beim Jahrhunderthochwasser 2013 wurden nach einem Deichbruch bei Fischbeck durch das Elbe-Hochwasser der gesamte Ort und weite umliegende Flächen fast vollständig überflutet. Die Flut richtete enorme Schäden an der Infrastruktur und im privaten Bereich im gesamten Elbe-Havel-Winkel an. Der Landesbetrieb für Hochwasserschutz- und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt präsentierte am 8. September 2020 im Rahmen der traditionellen Veranstaltung „Verwaltung im Dialog“ die verbaute Deichbruchstelle in Fischbeck und stellte eine mobile Hochwasserschutzanlage vor. [Burkhard Henning](#), Direktor des Landesbetriebs, erläuterte die Investitionen in den Hochwasserschutz, bevor [Harald Bothe](#), Bürgermeister von Jerichow, und [Bodo Ladwig](#), Bürgermeister von Wust-Fischbeck, von den entscheidenden Tagen vor sieben Jahren berichteten. Auch hier zeigt sich, wie existenziell die Arbeit der Bauindustrie für die Gesellschaft ist.



Regionalgespräche

Region Leipzig

Die Mitgliedsunternehmen der Region Leipzig trafen sich am 17. September 2020 im ÜAZ Leipzig zum Regionalgespräch. **Sven Stein**, Leiter Amt für Gebäudemanagement der Stadt Leipzig, stellte das Bauprogramm der Stadt vor. Insgesamt seien die Investitionen in den vergangenen Jahren durch den Kita- und Schulbau massiv gestiegen, auf der anderen Seite habe es beim Personal kaum Aufstockungen gegeben. Der Rahmenplan zum Mobilitätskonzept 2030 wurde im Anschluss von **Michael Jana**, Leiter Verkehrs- und Tiefbauamt der Stadt Leipzig, vorgestellt. **Klaus S. Scharlemann** informierte danach über die aktuellen Entwicklungen im Baurecht und stellte die wichtigsten Urteile des vergangenen Jahres vor.

Region Chemnitz

Das Regionalgespräch der Mitgliedsunternehmen im Direktionsbezirk Chemnitz fand am 23. September 2020 im ÜAZ Glauchau statt. Eingangs wurde intensiv über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Bauwirtschaft diskutiert. Probleme habe es anfangs bei sich ständig ändernden Hygiene- und Quarantänevorschriften, Schul- und Kita-Schließungen sowie der Disposition (verstärkter Fahrzeugeinsatz, Montagezimmer) gegeben. Aktuell seien vielmehr Probleme bei der Auftragslage zu erwarten. Der Wettbewerb habe sich bereits jetzt verschärft. Obwohl die Unternehmen auch während des Lockdowns bauen konnten, führten fehlende Baugenehmigungen, verkehrsrechtliche Anordnungen oder Kampfmittelberäumung zu Bauverzögerungen. Im Anschluss wurden die Teilnehmer durch **Michael Wiczorek**, Leiter ÜAZ Glauchau, zur Baugeräteführer Ausbildung informiert. Die Fähigkeit zum Steuern eines Baggers, Radladers oder Kranes konnte danach auf den Simulatoren selbst ausgetestet werden. Rechtsanwalt **Dr. Tilo Pfau** brachte die Anwesenden abschließend zum aktuellen Baurecht auf den neuesten Stand.

Region Dresden

Zum zweiten Regionalgespräch in Dresden am 24. September 2020 wurde das Bauvorhaben „Mary-Ann-Appartements“ am Dresdner Postplatz besichtigt. **Falk Sadlowski**, Projektleiter der Ed. Züblin AG, erläuterte den Bauablauf und führte die Teilnehmer über die Baustelle. Anschließend fanden sich alle Anwesenden im Restaurant CHIAVERI im Sächsischen Landtag ein. Dort diskutierten sie über die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Unternehmen und benannten Themen wie Behinderungen im Bauablauf durch fehlende Kampfmittelberäumungen oder fehlende verkehrsrechtliche Anordnungen. Zudem

stellte die Kinderbetreuung der eigenen Mitarbeiter eine große Herausforderung dar. Im weiteren Verlauf stellte der Bauindustrieverband Ost das Ergebnis der Tarifrunde 2020 vor und diskutierte den derzeitigen Entwicklungsstand der Teilschulnetzplanung Berufsbildender Schulen in Sachsen samt Aktivitäten des Verbandes. Zum letzten Tagesordnungspunkt kritisieren die Branchenvertreter den geplanten Wegfall von vier Berufsschulen für das 1. Lehrjahr Bautechnik.

Fachabteilung Bahnbau Ost

Am 16. September 2020 fand im ÜAZ Leipzig des Bau Bildung Sachsen e.V. die Jahressitzung 2020 der Fachabteilung Bahnbau Ost statt. Nach einer Vielzahl von Telefon- und Videokonferenzen, bedingt durch die Corona-Pandemie, war es die erste Veranstaltung des Gremiums, die als Präsenzveranstaltung durchgeführt wurde. Die eingeladenen Gastreferenten kamen von der Deutschen Bahn AG, dem Eisenbahn-Bundesamt und einem Unternehmen der Zulieferindustrie. Im Rahmen der Sitzung wurde der Vorstand der Fachabteilung neu gewählt. Zum neuen Vorsitzenden wurde **Ingo Kutschker** von der STRABAG Rail GmbH einstimmig von den Mitgliedern des Gremiums gewählt.



Fachabteilung Straßenbau Ost

Die Fachabteilung Straßenbau Ost umfasst die Regionalbereiche Berlin-Brandenburg und Sachsen/Sachsen-Anhalt. Die gemeinsame Sitzung der Mitglieder dieses Gremiums fand am 1. Oktober 2020 in Potsdam statt. Die Präsenzveranstaltung wurde für einen intensiven Meinungs- und Gedankenaustausch gemeinsam mit den geladenen Gästen zu den Themen Autobahn GmbH des Bundes, Grenzwerte von Aerosolen beim Asphalteinbau sowie Innovationen im Bereich der Ver- und Entsorgung mit Schüttgütern genutzt.



Fachabteilung Leitungsbau Sachsen/Sachsen-Anhalt

Am 13. Oktober 2020 trafen sich die Leitungsbauunternehmen aus Sachsen und Sachsen-Anhalt erstmals nach der Verbandsfusion zur Fachabteilung Leitungsbau in Leipzig. Mit **Achim Lohse**, Amt für Wirtschaftsförderung der Stadt Leipzig, und **Theo Struhkamp**, Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt, diskutierten die Unternehmensvertreter über den Stand des Breitbandausbaus sowie über Vor- und Nachteile innovativer Vergabeverfahren. Im Anschluss gab **Dieter Hesselmann**, Geschäftsführer der Bundesfachabteilung Leitungsbau im Hauptverband der Deutschen Bauindustrie, einen Überblick über die vielfältigen Aktivitäten auf Bundesebene.

Arbeitskreis Digitalisierung

Die zweite Sitzung des Arbeitskreises am 29. September 2020 in Potsdam war zugleich eine Premiere: Musste der erste Termin coronabedingt noch virtuell stattfinden, freuten sich die Anwesenden nun über ein physisches Treffen. Im Fokus der Veranstaltung stand insbesondere die X-Rechnung und die damit verbundenen Auswirkungen für die Unternehmen. Zum 27. November 2020 sind Rechnungen an Bundesbehörden und vergleichbare öffentliche Auftraggeber als strukturierte E-Rechnung zu übermitteln. Hierzu erhalten die Verbandsmitglieder gesondert Informationen. Darüber hinaus tauschten sich die Digital-Verantwortlichen angeregt über Tools zur Zeiterfassung und das digitale Prozessmanagement aus. Die Themen werden vom Verband weiterhin beobachtet und im Rahmen der kommenden Sitzungen aufgegriffen.



Baukonjunktur in Zahlen | Januar–August 2020

Kapazitäten	Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr		Gebiet Bauindustrieverband Ost				Ost-deutschland
	Januar bis August 2020		Berlin	Brandenburg	Sachsen	Sachsen-Anhalt	
Betriebe	Anzahl		259	361	649	315	2.098
	% zu Jan–Aug'19		+4,3	+4,9	+3,7	-0,8	+1,5
Beschäftigte gesamt	Anzahl		15.029	17.683	34.250	17.143	108.284
	% zu Jan–Aug'19		+4,5	+4,7	+2,0	+0,1	+1,4
davon im Baugewerbe	Anzahl		391.602	438.471	801.067	414.908	2.613.012
	% zu Jan–Aug'19		+6,8	+9,3	+4,6	+1,9	+4,5

Auftragsingang	Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr		Gebiet Bauindustrieverband Ost				Ost-deutschland
	Januar bis August 2020		Berlin	Brandenburg	Sachsen	Sachsen-Anhalt	
Gesamt	1.000 Euro		1.692.078	1.801.551	3.735.369	1.540.435	11.296.788
	% zu Jan–Aug'19		-17,5	-0,3	-5,2	-13,7	-5,5
Wohnungs-bau	1.000 Euro		661.881	359.865	454.401	173.147	2.044.962
	% zu Jan–Aug'19		-30,0	-1,7	+7,1	-21,5	-15,0
Wirtschafts-bau	1.000 Euro		632.098	762.033	1.682.369	683.809	4.540.243
	% zu Jan–Aug'19		-13,6	-4,3	-1,8	-22,1	-6,8
Öffentlicher Bau	1.000 Euro		398.099	679.653	1.598.599	683.479	4.711.583
	% zu Jan–Aug'19		+6,4	+5,5	-11,4	-0,5	+0,7
darunter Straßenbau	1.000 Euro		187.368	361.752	595.396	398.351	2.089.051
	% zu Jan–Aug'19		-6,6	-2,2	-29,0	-4,1	-11,1

Umsatz	Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr		Gebiet Bauindustrieverband Ost				Ost-deutschland
	Januar bis August 2020		Berlin	Brandenburg	Sachsen	Sachsen-Anhalt	
Gesamt*	1.000 Euro		2.309.285	2.159.219	3.641.458	1.577.689	12.220.031
	% zu Jan–Aug'19		+10,2	+13,3	+0,1	-2,6	+3,8
Wohnungs-bau	1.000 Euro		1.045.324	621.076	468.911	238.188	2.870.534
	% zu Jan–Aug'19		+7,7	+3,2	+5,7	+0,7	+3,4
Wirtschafts-bau	1.000 Euro		815.321	889.741	1.729.866	751.828	5.108.702
	% zu Jan–Aug'19		+2,4	+28,9	-0,5	-4,5	+4,3
Öffentlicher Bau	1.000 Euro		448.640	648.402	1.442.681	587.673	4.240.795
	% zu Jan–Aug'19		+36,5	+5,8	-0,9	-1,3	+3,5
darunter Straßenbau	1.000 Euro		207.983	305.230	631.116	298.316	1.910.270
	% zu Jan–Aug'19		+26,2	-3,1	-5,5	-11,8	-2,8

* Einschließlich sonstiger Umsatz (= Umsatz aus nichtbaugewerblichen Leistungen von Bauunternehmen)

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bauindustrieverband Ost e. V.